

Bahnhof Odenkirchen

Endstation für RollstuhlfahrerInnen

Aufgrund verschiedener Unfälle hat die Bahn reagiert: Am Odenkirchener Bahnhof wurde ein Zaun angebracht, der verhindern hilft, dass die Bahngleise überquert werden



können. So weit so gut! Jedoch vom Service der Bahn, mit dem sie oft wirbt, ist in Odenkirchen aber auch gar nichts zu spüren.

Ob Mütter (oder auch Väter) mit Kinderwagen oder Reisende mit Fahrrädern.

Seite 2

Die Treppen rauf und runter ist je nach Situation - schweres Gepäck, etc.- schon eine Zumutung. Kein Lift, keine Möglichkeit Kinderwagen oder Rad eine Rampe rauf- oder runterzuschieben. Über den Uringestank wollen wir uns hier erst gar nicht auslassen.

Für RollstuhlfahrerInnen ist der Odenkirchener Bahnhof schlicht und ergreifend: Enstation! Hier geht nichts mehr. Ist das von der Bundesbahn so gewollt? Die LiLO wird die Bahn auffordern, hier entsprechend Änderungen vorzunehmen.

Talstraße

Hält Verwaltung Informationen zurück?

2. September 2008: In der Burggrafenhalle trafen sich Bürgerinnen und Bürger, um sich von Fachleuten aus der Verwaltung und der NVV über die geplanten Kanalbaumaßnahmen in der Talstraße sowie über mögliche Maßnahmen nach den

Starkregen-Ereignissen dieses Jahres informieren zu lassen.

Aufgrund der starken Regenfälle im Frühjahr wurden größere Erdmassen aus den Feldern entlang der Talstraße abgespült. Obwohl der Stadtverwaltung aufgrund

vergängerer Ereignisse diese Situation längst bekannt ist, wurden bisher keine durchgreifenden Verhandlungen mit dem zuständigen Landwirt geführt. Hier muss zum Schutze vor weiteren Abschwämmungen ein Stück Land erworben und anschließend befestigt werden.

Erst nach der Veranstaltung bekam die LiLO Informationen, dass die Abteilung Bergschäden (Markscheiderei) der Fa. RWE-Power AG (Rheinbraun) gegenüber der NVV schon Zusagen gemacht haben soll, bei Kanalbaumaßnahmen sogenannte flexible Hausanschlüsse an den Hauptkanal zu finanzieren. Hintergrund: RWE habe aufgrund der Rheindahlener Verwerfung, die mittig unter der Talstraße verläuft, ihre Zuständigkeit anerkannt. Wenn dem so ist, wäre aus unserer Sicht RWE-Power auch für die privaten Anschlüsse zuständig.

Sollten die Informationen sich erhärten, muss die Verwaltung sich fragen lassen, wieso sie während der Bürgerversammlung diese Informationen zurückgehalten hat.

Die LiLO fordert die Stadtverwaltung auf, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren.



Steuern wir geradewegs in einen Militärstaat?

Die aktuelle und beängstigende Finanzkrise droht es zu überdecken:

Die Bundesregierung hat eine Grundgesetzänderung auf dem Plan, die den Einsatz der Bundeswehr im Inland vorsieht. Es handelt sich hier um den Artikel 35.

Dieser erlaubt einen Bundeswehreinatz im Inland bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen zur Unterstützung der Polizei, allerdings ohne die Zuhilfenahme von militärtypischer Bewaffnung.



*Sabine Cremer
Wiedemannstraße 138
Tel: 021 66-60 92 97*

Und genau diese durchaus sinnvolle Einschränkung soll nun wegfallen. Die Armee soll demnächst mit der ganzen Pracht ihrer Waffentechnik, wie zum Beispiel Kampfpanzer, Kampfflugzeuge und Kampfschiffe auf die eigene Bevölkerung losgelassen werden dürfen.

War diese Vorgehensweise bisher diktatorischen Staatsformen vorbehalten, die man dann auch Militärdiktatur nennt, möchte unsere Bundesregierung hier of-

fensichtlich den Probelauf für unsere demokratische Staatsform wagen. Man fragt sich hier, was am Ende der Regierungszeit der großen Koalition wohl noch von unserer Demokratie übrig ist. Zuerst wurde schleichend der Überwachungsstaat etabliert und nun folgt der Militärstaat. George Orwell würde sich in seinem Grab umdrehen, wenn er wüsste, wie viel von seinem 1948 verfassten Roman „1984“ inzwischen bittere Realität geworden ist.

Die Bundeswehr war ursprünglich ausschließlich zum Schutz unseres Landes an seinen äußeren Grenzen vorgesehen. Das wurde inzwischen schon ausgeweitet auf den Einsatz auf internationalen Kriegsschauplätzen. Es kennt wohl jeder den Satz „Deutschland muss am Hindukusch verteidigt werden!“ Muss Deutschland jetzt auch gegen seine eigene Bevölkerung verteidigt werden? Warum haben die derzeit regierenden Politiker soviel Angst vor uns? Fragen gibt es viele, ehrliche Antworten wird man uns schuldig bleiben.

Selbstverständlich haben wir alle einen Anspruch darauf, dass wir hier in weitestgehender Sicherheit leben können, aber es sollte dabei doch die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden.

Für die innere Sicherheit ist die Polizei zuständig und sie ist dafür entsprechend ausgebildet. Es bedarf da keiner Verstärkung durch die Bundeswehr mit ihrer kompletten Waffentechnik.

Stellen Sie sich doch einfach mal vor, Sie möchten sich ein Fußballspiel im Borussia-Park ansehen und bei Ihrer Ankunft dort finden Sie das Stadion umstellt von Panzern und schwer bewaffneten

Soldaten vor. Ihnen wird dabei sicher der Atem stocken und Sie werden sich eher durch die militärische Übermacht bedroht, denn sich von ihr beschützt fühlen. Beim nächsten Mal, werden Sie sicher lieber zuhause bleiben und die Sportschau ansehen.

Die geplante Grundgesetzänderung muss allerdings zunächst noch durch die Abstimmungen im Bundestag und im Bundesrat. Bleibt zu hoffen, dass die nötige Zweidrittelmehrheit dafür nicht zustande kommt. Sicher ist: DIE LINKE wird überall, wo sie kann, dagegen stimmen!

*Sabine Cremer,
Mitglied des Kreisvorstandes
DIE LINKE, Mönchengladbach*

Herrn Dr. Fischers Zahlenspielereien

Nicht nur im Zusammenhang mit Giesenkirchen 2015 offenbart der Schul- und Sportdezernent, Dr. Gert Fischer, CDU, sein eigenartiges Verhältnis zu Zahlen. In einem Interview in der Rheinischen Post vom 4.10.08 erklärt er, dass die Anmeldezahlen an allen weiterführenden Schulen bis auf die Realschule rückläufig seien.

Es stellt sich die Frage, wie Dr. Fischer zu dieser Bewertung kommt.

Auf die Frage von Rats Herrn Helmut Schaper im Rat am 27.2.08, wann mit der Veröffentlichung der Anmeldezahlen aus dem ersten Anmeldezug zu rechnen sei, erklärte Dr. Fischer, dass diese Zahlen von der Verwaltung nicht erhoben worden seien.

Aus dem ersten Anmeldezug kann er also seine Bewertung nicht gezogen haben. Oder es hat doch Zahlen aus dem ersten

Anmeldezug gegeben, mit denen Dr. Fischer belegen könnte, dass die Realschulen keine rückläufigen Anmeldezahlen haben. Wenn dem so ist, hat er in der Ratssitzung gelogen. Dann muss er diese Zahlen auch umgehend veröffentlichen.

Nach Abschluss des zweiten Anmeldeuges, in dem es darum ging, dass die wegen Platzmangel an Gesamtschulen 560 abgewiesenen Kinder einen Platz in einer weiterführenden Schule finden mussten, gab es 498 Anmeldungen für die Realschulen gegenüber 472 im Vorjahr.

Herr Dr. Fischer kennt zwar nicht die Zahlen aus dem ersten Anmeldezug für die Realschulen. Aber er könnte bei den Schulen nachfragen, wie viele Anmeldungen von den 498 Schülern an den Realschulen vorher an der Gesamtschule abgewiesen wurden.



Am 05.11.2008 - 19:30 Uhr - „Haus Zoar“
Kapuzinerplatz 12 - Mönchengladbach
„Drei Hauptflügel des Neoliberalismus“
Vortrags- und Diskussionsabend

Von den 560 abgewiesenen Gesamtschülern wurden ca. 380 an einer Hauptschule, die anderen 180 Schüler mehrheitlich von Realschulen angenommen.

Fazit: Nicht nur die Hauptschulen leben von den abgewiesenen Gesamtschülern. Auch die Realschulen tun dies. Daran ändern auch die Zahlenspielertricks des Dezernenten nichts.

Die Verwaltung muss im nächsten Jahr die Zahlen im ersten Anmeldezug ermitteln und der Öffentlichkeit und den Rats- und Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen. Nur dann ist eine Schulentwicklungsplanung möglich, die sich an konkreten Zahlen orientiert und die nicht mit abgewiesenen Gesamtschülern Schulen aufrecht hält, die ohne diese Anmeldungen nicht mehr lebensfähig wären.

Finanzkrise

Nichts ist sicher!

Norbert Blüm hat Ihnen garantiert:

„Die Rente ist sicher“!

Seit der Erklärung von Herrn Blüm hat es ein sinkendes Renteneinkommen gegeben. Der Traum vom sicheren Arbeitsruhegeld ist ausgeträumt.

Banken, Versicherungen und Politik erklären Ihnen, dass Ihre Daten gesichert sind. Aus der Zeitung müssen Sie jedoch erfahren, wie Daten von Einkaufsgewohnheiten bis zur Bankverbindung geklaut und verkauft werden. Und nun erklären Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und Finanzminister Steinbrück (SPD):

Ihre Sparguthaben sind sicher.

Glauben Sie denen?

Lassen Sie es sein, die glauben nämlich selbst nicht daran.

Am 2.10.08 erklärte uns Herr Steinbrück, dass die Folgen der Finanzkrise auf Deutschland begrenzt seien. Am Montag darauf erklärte er über die Presse zusammen mit Frau Merkel, dass der Staat für alle Sparguthaben garantiere, und am Dienstag lässt er verlautbaren: „Lage ist hoch gefährlich“.

Der Staat kann Ihnen die Spareinlagen nicht garantieren. Die Spareinlagen betragen je nach Schätzung mindestens 1 Billionen EUR. Soviel Geld hat der Staat nicht.

Die Schuldzuweisung der Politiker an die Finanzmanager, sie würden von der Gier nach Geld getrieben und hätten die Krise verschuldet, ist pure Heuchelei.

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU-SPD fordern die Beteiligten, überflüssige Regulierungen auf dem Finanzmarkt abzubauen sowie eine Finanzaufsicht mit Augenmaß. Jedoch genau diese fehlende Regulierung und genau die fehlende bzw. unzureichende Finanzaufsicht hat mit dieser Krise geführt.

Jahrelang haben die Politiker „Privat vor Staat“ gefordert, wenn es darum ging, staatliche Aufgaben und Betriebe zu privatisieren und den Unternehmern höhere Profite zu ermöglichen. Jetzt, wenn es um die von den Finanzmanagern und den Politikern verursachten Schulden und Verluste geht, soll es plötzlich wieder staatliche Lenkungsmaßnahmen und Eingriffe bis hin zur Verstaatlichung des Bankensektors geben.

Die Gewinne durften die Manager einstecken, für die Verluste sollen die Steuerzahler aufkommen.

DIE LINKE. hat andere Vorschläge zur Krisenbewältigung:

Sozialisierung der Verluste verhindern.

Der private Finanzsektor soll die Kosten für notwendige Rettungsaktionen bei privaten Instituten selbst über eine gesetzliche Sonderausgabe finanzieren. Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Spekulationsverluste privater Finanzinstitute zu übernehmen.

Schließung von Steueroasen.

Unter Umgehung nationaler Regulierungen werden in diesen Steueroasen Fonds aufgesetzt bzw. Zweckgesellschaften von Banken gegründet. Die so entstandenen Fonds sind u.a. für diese Krise mit verantwortlich.

Effektive Finanzmarktkontrolle.

Alle Bereiche der Finanzmärkte müssen unter demokratische Kontrolle kommen. Bisher konnten neue Finanzprodukte ohne Kontrolle auf den Markt gebracht und gehandelt werden. Neue Finanzprodukte müssen in Form eines Finanzmarkt-TÜV geprüft werden, bevor mit ihnen gehandelt wird.

Stärkung des Binnenmarktes.

Um die nun entstehenden Exportverluste auszugleichen, bedarf es einer sofortigen Stärkung des Binnenmarktes. Reallohnerhöhungen und die Einführung eines Mindestlohnes von 8,76 EUR sind Maßnahmen, die geeignet sind, die Kaufkraft zu erhöhen und eine größere Nachfrage nach Produkten zu erzeugen.

Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer.

*Helmut Schaper
Mitglied Rat der Stadt Mönchengladbach
Telefon: 02166 - 186832*

Arbeiter

Lest und verbreitet *



www.kossawa.de

Die Onlinezeitung für ein entspanntes Geistesleben!
*Das gilt auch für Angestellte, Beamte und Selbstständige

Hartz IV-Tipp

Auf Versicherungspauschale achten

Nicht nur Menschen, die geringfügig beschäftigt sind, steht beim Leistungsbezug nach dem SGB II (Hartz IV) die Versicherungspauschale in Höhe von 30 EUR zu.

Auch volljährige BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II haben bei einem leistungslosen Einkommen, z. B. Rente oder Unterhaltszahlungen, einen Anspruch auf diese Versicherungspauschale in Höhe von 30 EUR.

Diese Pauschale muss vom leistungslosen Einkommen abgezogen werden.

Liegt zum Beispiel eine Unterhaltszahlung von 200 EUR vor, so dürfen als Einkommen nur 200 EUR minus 30 EUR = 170 EUR angerechnet werden.

Bürgerantrag Sozialfond

Schulpflichtige Kinder, deren Eltern Hartz IV bekommen, müssen einen Eigenanteil für die Schulbücher entrichten. Schulpflichtige Kinder von Eltern, die Leistungen nach dem SGB XII bekommen – gleiche Leistungen wie Hartz IV – sind vom Eigenanteil für die Schulbücher befreit. Dies ist eine schreiende Ungerechtigkeit, die gesetzlich so festgeschrieben ist.

Dagegen hat es schon vielfältige Proteste gegeben. Aber alle Initiativen wurden damit abgebugelt, dass der Gesetzgeber, in diesem Fall ein Bundesgesetz, das schließlich so festgelegt hat. Ein Eingeständnis dahingehend, dass der Gesetzgeber es schlicht versäumt hat, eine Gleichstellung im Gesetz vorzunehmen, kommt den Verantwortlichen nicht über die Lippen.

Damit diese Ungerechtigkeit bis zu einer eventuell zustande kommenden Gesetzesänderung ausgeglichen wird, hat der Mönchengladbach Bürger Carsten Göhlmann einen Bürgerantrag an den Rat der Stadt Mönchengladbach gerichtet, unter den er nun Unterschriften sammelt.

Der Bürgerantrag hat zum Ziel, einen kommunalen Sozialfond einzurichten, wie es zum Beispiel die Stadt Oldenburg auch gemacht hat, aus dem dann die Lernmittel für Hartz IV EmpfängerInnen bezahlt werden.

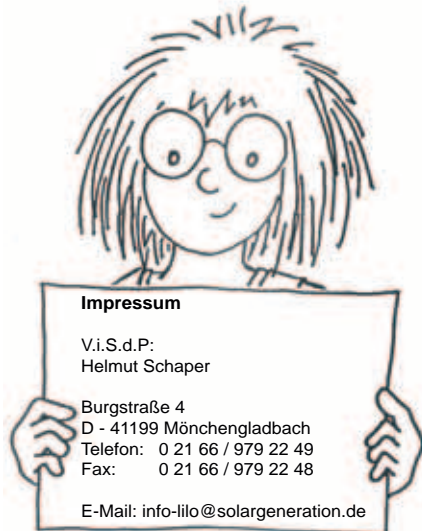
Wir unterstützen diesen Bürgerantrag.

Wer ihn auch unterstützen will, kann ihn unter unserer Internetseite

www.lilo-mg.de

runterladen und Carsten Göhlmann zuschicken.

Herr Göhlmann wäre auch sehr erfreut, wenn ihm Betroffene bei der Sammlung von Unterschriften helfen würden.



Privat vor Staat?

Die Sparkasse ist eine feste Institution in unserer Stadt. Sie arbeitet mit Gewinn und führt den Gewinn an die Stadt ab. Jahr für Jahr betreibt die Sparkasse eine breite finanzielle Förderung im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Ohne sie stünde es um das Vereinsleben in unserer Stadt noch schlechter. Als Ausbildungsbetrieb hat sie einen guten Ruf, zumal sie auch wirklich ausbildet. Und wenn Menschen, die von Hartz IV leben müssen, woanders kein Konto mehr bekommen, die Sparkasse bietet die Möglichkeit für ein Guthabenkonto.

Das will die CDU/FDP-Landesregierung augenscheinlich ändern.

Nach dem neuen Gesetzentwurf soll das Trägerkapital ausgewiesen werden können, mit eventuellen Nachteilen für die Kommune in Form einer möglichen Privatisierung. Die Sparkassen werden zur Zusammenarbeit mit der WestLB gezwungen. Die Gemeinnützigkeit mit regelmäßigen Ausschüttungen an Vereine und Verbände ist in Gefahr. Gefährdet sind auch Filialen der Sparkasse und Arbeitsplätze.

Spannend wird es, wie sich die CDU Landtagsabgeordneten Post und Schroeren im Landtag verhalten werden.

Nicht nur SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und die Gewerkschaft ver.di ist gegen das Gesetz. In einem gemeinsamen Offenen Brief an NRW-Finanzminister Helmut Linssen (CDU) sprechen sich 17 Wohlfahrtsverbände gegen das geplante Sparkassengesetz aus, darunter die größten Verbände wie Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz. Der Verwaltungsratsvorsitzende Wilfried Fabel, von der CDU in Krefeld, rät sogar zur Klage, wenn der Entwurf nicht geändert wird.

Begriffserklärung:

Privatisierung

bezeichnet die Veräußerung und Umwandlung öffentlichen Vermögens in Privateigentum. Sie basiert auf der (wirtschaftsliberalen) Überzeugung, dass der Anteil des öffentlichen Sektors zugunsten der privaten Wirtschaft zurückgedrängt werden müsse. Privatisierung ist daher meistens mit weiteren Formen der Entstaatlichung, Deregulierung etc. und dem Abbau öffentlicher Verantwortung verbunden.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung
